



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 17  
Fläche: 113'311 mm<sup>2</sup>

## «Uns droht Chaos!» - «Ihr baut Angstburgen!»

Die Volksinitiative «Für faire Gebühren» entzweit selbst Gemeindepräsidenten wie Martin Farner und Wilfried Ott, die sich ansonsten politisch nahestehen. Das Begehren verlangt, dass die Bürger alle vier Jahre über die Gebühren abstimmen.



Wilfried Ott (SVP) kämpft gegen die Gebühreninitiativen.

Datum: 20.05.2015

# Tages-Anzeiger



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 17  
Fläche: 113'311 mm<sup>2</sup>



Martin Farner (FDP) befürwortet die beiden Volksbegehren. Fotos: Dominique Meienberg



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 17  
Fläche: 113'311 mm<sup>2</sup>

## Mit Martin Farner und Wilfried Ott sprach Liliane Minor

### Herr Farner, Sie sprechen sich für die zwei Gebühreinitiativen aus. Was ist störend an Gebühren?

**Martin Farner (FDP):** Gebühren sind nicht grundsätzlich störend. Wenn sie kostendeckend und begründet sind, soll man sie einfordern. Aber das Verständnis von Gebühren ist nicht überall gleich. Wir wollen Gebühren transparent und nachvollziehbar machen.

### Sind sie das heute nicht?

**Wilfried Ott (SVP):** Ich finde schon. Jede Gebühr hat eine Rechtsgrundlage, und jeder Stimmbürger hat die Möglichkeit, eine Anfrage an den Gemeinderat zu richten, die an der nächsten Gemeindeversammlung beantwortet werden muss. Die Höhe der Gebühren wird von der demokratisch gewählten Rechnungsprüfungskommission kontrolliert.

**Farner:** Seien wir ehrlich, Gebühren werden dann zum Thema, wenn man sie zahlen muss. Otto Normalverbraucher ist sich gar nicht bewusst, wie viel Geld die Gemeinden via Gebühren einnehmen. Insgesamt sind das 4,6 Milliarden Franken im Jahr! Und vor allem haben die Bürger zu wenig Möglichkeiten, die Gebühren ihrer Gemeinden mit denen in anderen Gemeinden zu vergleichen.

### Haben die Gegner Angst, die Bürger könnten merken, dass eine Gebühr im Nachbardorf tiefer ist?

**Ott:** Nein, überhaupt nicht. Nur: Die Vergleichbarkeit ist nicht gegeben, wenn wir einfach Zahlen auflegen. Wenn wir dies gewährleisten wollen, müssen wir einen riesigen Büroapparat aufziehen und die Berechnung für jede Gebühr genau belegen können.

### Das müssen Sie sowieso können.

**Ott:** Es ist ein Unterschied, ob ich dies der Rechnungsprüfungskommission oder dem Stimmbürger belegen muss. Für den Stimmbürger muss ich die Informationen ganz anders aufbereiten.

**Farner:** Genau das schaue ich als Chance an. Muss der Katalog alle vier Jahre dem Stimmbürger vorgelegt werden, werden Gebühren mehr hinter-

fragt. Etwa, wenn ein Heimatschein in der einen Gemeinde 50 und in der anderen 30 Franken kostet.

**Ott:** Wir haben bei der Festsetzung vieler Gebühren einen gesetzlichen Rahmen. Warum macht ihr Kantonsräte nicht einen Vorstoss, dass gewisse Leistungen überall gleich viel kosten? Das wäre zehnmal einfacher.

### Die Gebühren offenzulegen, ist das eine. Die Stimmbürger regelmässig abstimmen zu lassen, ist das andere. Was spricht dagegen, Herr Ott?

**Ott:** Etwa 80 Prozent der Gebühren sind im übergeordneten Recht geregelt. Die Stimmbürger haben keine Kompetenz, darüber zu entscheiden. Ein Beispiel ist die Sackgebühr: Die muss gemäss Bundesgesetz kostendeckend sein. Man gaukelt den Stimmbürgern ein Mitspracherecht vor, das sie nicht haben. Das fördert die Stimmverdrossenheit.

**Farner:** Die Sackgebühr ist ein gutes Beispiel. Im Bezirk Andelfingen soll eine Litteringkampagne aus der Sackgebühr finanziert werden. Dagegen gab es Widerstand, und am 14. Juni wird nun darüber abgestimmt.

### Warum gehen die Initianten nicht konkret und gezielt gegen solche Auswüchse vor?

**Farner:** Es geht ja nicht um die mittleren und kleinen Gemeinden, in den meisten läuft es gut. Es geht um Städte wie Zürich und Winterthur. Dort werden Gebühren missbraucht, um den Steuerhaushalt zu sanieren. Wer verhältnismässige Gebühren ausweisen kann, wird das Traktandum Gebühren in einer Gemeindeversammlung innerhalb einer Stunde abschliessen können.

### Nochmals: Warum gehen Sie nicht direkt dagegen vor?

**Farner:** Man müsste erst die Möglichkeit dazu haben. Der Stimmbürger kann hier nicht direkt mitreden.

## «FDP und SVP verlangen effiziente Arbeit von uns und weniger Bürokratie.

## Aber sie brocken uns so eine Vorlage ein.»

Wilfried Ott

**Ott:** Man könnte das Gemeindegesetz entsprechend anpassen. Ich frage mich aber vielmehr: Wenn es nur um ein paar wenige schwarze Schafe geht, warum muss man dann alle abstrafen?

**Farner:** Wir strafen niemanden ab. Die meisten Gemeinden haben ohnehin einen Gebührenkatalog. Es gibt keinen Mehraufwand, wenn man diesen den Stimmbürgern alle vier Jahre vorlegt.

### Was passiert, wenn die Stimmbürger den Katalog ablehnen?

**Ott:** Meiner Meinung nach dürften wir dann keine Gebühren mehr erheben. Wir hätten keine Rechtssicherheit mehr.

**Farner:** Unser Gutachten besagt, dass bei einer Ablehnung der alte Katalog in Kraft bliebe. Das ist wirklich kein Problem.

**Ott:** Das ist euer Gutachten, jenes der Regierung sagt etwas anderes. Am Ende werden Juristen entscheiden.

### Würden es die Stimmbürger goutieren, wenn der Katalog trotz Ablehnung in Kraft bliebe?

**Farner:** Ich glaube, dazu kommt es nicht. Wenn man transparent aufzeigt, wie sich eine Gebühr zusammensetzt, sagen die Leute nicht nein.

**Ott:** Es kann passieren, dass eine Gemeindeversammlung verlangt, die Sackgebühr so zu senken, dass sie nicht mehr kostendeckend ist. Aber das ist nicht erlaubt. Ich müsste als Gemeindepräsident dann gegen die eigene Gemeindeversammlung Rekurs einlegen. Das ist doch absurd.

**Farner:** Nochmals: Wenn du die Höhe der Sackgebühr gut begründest, sagt kein Stimmbürger Nein.

**Ott:** Das wissen wir doch einfach nicht mit völliger Sicherheit, Martin!

**Farner:** Ich schaue unsere Stimmbürger als mündig an.

**Ott:** Das tue ich auch. Aber ich kann nicht abschliessend sagen, wie die Menschen funktionieren.



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 17  
Fläche: 113'311 mm<sup>2</sup>

## Man kann also nicht davon ausgehen, dass die Stimmbürger immer nur vernünftig entscheiden?

**Ott:** Das ist ein harter Ausdruck. Können Sie das auch anders formulieren?

## Sie können es ja anders sagen.

**Ott:** Lassen Sie mich etwas ausholen. Die Stimmbürger haben sich gegen eine fünfte Ferienwoche für das Verwaltungspersonal ausgesprochen, obwohl sie selbst grösstenteils fünf Wochen Ferien haben. Das fand ich unfair. Seit da habe ich das Gefühl, dass manche Menschen denken, die Leute auf der Verwaltung seien ein wenig faul, denen müsse man von Zeit zu Zeit eins auswischen.

**Farner:** Jetzt beschwörst du eine gewisse Neidkultur. In Gemeinden unserer Grösse können wir mit Offenheit Vertrauen schaffen.

## Die Initiative verlangt für alle Gebühren eine gesetzliche Grundlage. Ist das bis jetzt nicht so?

**Ott:** Doch. Zu hundert Prozent. Käme die Initiative, wäre das anders. Dann müsste zuerst eine neue Grundlage erarbeitet werden. Es wäre etwa zu klären, ob ich jedes Mal an die Gemeindeversammlung müsste, wenn eine Gebühr erhöht werden muss. Oder wie der Ablauf zu regeln ist, wenn eine Leistung im Zweckverband erbracht wird. Ein Riesenaufwand, teuer und unpraktikabel.

**Farner:** Wir haben den Aufwand so oder so, auch bei Zweckverbänden. Warum lassen wir den Stimmbürger nicht mitreden?

**Ott:** Nehmen wir doch nur einmal die Pflegeheimtaxen. Heime werden meist von einem Zweckverband geführt; über Taxen entscheiden die Delegierten. Zudem gibt es klare gesetzliche Vorgaben. Es ist völlig unrealistisch, wenn jede Gemeindeversammlung bei einer Taxerhöhung separat entscheiden muss. Und am Ende hat jede Gemeinde andere Taxen?

**Farner:** Das wird kaum vorkommen.

## Solche Eventualitäten muss man aber berücksichtigen.

**Farner:** Das ist klar, ja.

## «Die meisten Gemeinden

## haben ohnehin einen Gebührenkatalog. Wir verursachen keinen Mehraufwand.»

Martin Farner

**Ott:** Stell dir das Chaos vor in so einem Fall.

**Farner:** Ihr baut Angstburgen um euch. Die Stimmbürger sind mündiger, als ihr denkt.

**Ott:** Wir haben keine Angst vor den Stimmbürgern. Aber gerade FDP und SVP, die uns immer sagen, wie effizient wir arbeiten sollen auf den Gemeinden, die weniger Bürokratie verlangen, die wollen uns so etwas einbrocken.

## Befürchten Sie, es käme zu einem noch grösseren Kostendruck?

**Ott:** Möglich, aber das ist nicht der Hauptpunkt. Schauen Sie sich die Broschüre der Befürworter an. Auf der Rückseite sind die Fotos der Komiteemitglieder. Und nun fragen Sie, wer davon in den Nationalrat will. Diese Leute suchen doch einfach ein Thema.

## Eine Initiative als Politvehikel?

**Farner:** Das ist eine reine Behauptung.

**Ott:** In der Broschüre wirft man uns Willkür vor. Das hat mich gejuckt.

**Farner:** Das betrifft ja nicht dich. Von den 169 Gemeinden machen es sicher 150 gut. Aber es gibt auch die Städte Zürich und Winterthur.

**Ott:** Ich rede für alle Gemeindepräsidenten. Das ist fast ehrverletzend, was da steht. Das betrifft alle.

## Herr Farner: Geht es um Kostensenkung bei der Initiative?

**Farner:** Primär will ich mehr Transparenz und eine höhere demokratische Legitimation. In zweiter Linie sollen die Initiativen zu tieferen Gebühren führen, weil beispielsweise eine Verwaltung effizienter arbeitet.

**Ott:** Die Gebühren sind heute schon fair und transparent. Und wenn sie es nicht sein sollten, gibt es genügend Rechtsmittel, um dagegen vorzugehen.



Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 44 11  
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 172'920  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 283.003  
Abo-Nr.: 1074705  
Seite: 17  
Fläche: 113'311 mm<sup>2</sup>

## Regierung bezieht Position Stocker und Heiniger wehren sich

Mit einem Grossaufgebot hat sich der Zürcher Regierungsrat gestern in den Abstimmungskampf um die Gebühreninitiativen eingeschaltet. Ernst Stocker (SVP), Thomas Heiniger (FDP) und Mario Fehr (SP) hatten zur Medienkonferenz geladen, flankiert von der Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) sowie den Gemeindepräsidenten Wilfried Ott (SVP, Fehraltorf) und Markus Ernst (FDP, Küsnacht).

Die sechs Politiker bezogen in klaren Worten Stellung gegen die Volksbegehren. «Die heutige Regelung bewährt sich», sagte Stocker. Sie folge dem Verursacherprinzip. «Dieses wollen wir nicht verwässern. Wer eine Leistung bezieht, der soll diese direkt bezahlen.» Das fördere einen haushälterischen Umgang mit den Finanzen.

Heiniger berief sich auf eine Studie der Eidgenössischen Finanzverwaltung, die zeigt, dass die Gebührenlast pro Person in den letzten Jahren nicht grösser geworden ist. Die meisten Gebühren seien nicht kostendeckend, sagte er – der Bürger erhalte die meisten Leistungen vergünstigt: «Die Nutzer werden vom Steuerzahler subventioniert.»

Heiniger und Stocker äusserten sich auch zum Vorwurf, ihr Wahlversprechen gebrochen zu haben. Beide betonten, sie hätten immer offen gesagt, sie seien gegen die Initiativen und dass dies im Widerspruch zum Wahlprogramm auf der Top-5-Website stehe. «Alle wussten davon. Die Empörung darüber ist inszeniert», sagte Heiniger. SP-Regierungsrat Fehr stärkte den Kollegen den Rücken: «Es geht nicht an, dass Interessengruppen Politiker auf diese Weise usurpieren.» (leu)

## Zu den Personen

Die zwei Kontrahenten

**Wilfried Ott (SVP)** ist seit fünf Jahren Gemeindepräsident von Fehraltorf. Der 67-jährige pensionierte Bereichsleiter ist seit bald 30 Jahren in seiner Wohngemeinde politisch aktiv.

**Martin Farner (FDP)** ist seit 28 Jahren im Gemeinderat Oberstammheim, seit 18 Jahren ist er dessen Präsident. Seit 2007 sitzt der 51-jährige Geschäftsführer zudem im Zürcher Kantonsrat.